

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 86 (1992)
Heft: 1

Artikel: Brief aus dem Nationalrat : noch keine Alternative zum Konkordanzsystem
Autor: Leemann, Ursula
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143671>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Noch keine Alternative zum Konkordanzsystem

Nach den Wahlen haben mir viele Freunde und Bekannte gratuliert; wenigstens über mein persönliches Resultat hatte ich auch Grund mich zu freuen. Auffallend häufig folgte indessen eine Bemerkung der folgenden Art: «Ich beneide Dich wahrlich nicht. Glücklicherweise gibt es Leute wie Du, die bereit sind, nach Bern zu gehen... Wie hält Ihr dies eigentlich aus?» Für die politisch nicht oder wenig Engagierten ist die Auseinandersetzung zwischen den Parteien offenbar nur noch ein unangenehmer Schlagabtausch, für viele Linke sind die häufigen Niederlagen im Parlament allzu frustrierend. Neu ist mir die Frage natürlich nicht; auch als Kantonsrätin war ich konfrontiert mit ihr. Aber nach diesen Wahlen, mit dem Erfolg der Rechtsausen-Parteien, wurde sie ganz wesentlich häufiger und pointierter gestellt als früher.

Spürbare Abwendung von der parlamentarischen Politik

Grundsätzlich bleibt meine Antwort dieselbe: Die Erfolge der SP bei den täglichen Auseinandersetzungen sind zwar klein und wenig spektakulär; aber sie sind auch nicht null, und langfristig betrachtet hat die SP sogar eine sehr *beachtliche Bilanz* vorzuweisen. Ohne diese Feststellung, ohne die Überzeugung, dass etwas in unserem Sinne erreicht werden kann, wollte ich kein politisches Amt bekleiden. Und ohne die Lust am Diskutieren und an den politischen Auseinandersetzungen geht es natürlich auch nicht; dass nicht alle Leute diese Lust im selben Mass verspüren, dünkt mich noch kein Grund zur Beunruhigung. Weshalb aber heute diese besonders spürbare Abwendung von der parlamentarischen Politik?

Dass Ausmarchungen im Parlament als nicht mehr relevant – unnötig oder hoffnungslos – betrachtet werden, ist wohl auch Ausdruck der unerfreulichen allgemeinen *Entpolitisierung*. Oder überschätzen einfach

die Gewählten den Stellenwert ihrer Arbeit im Parlament? Mit ins Bild gehört die *«Personalisierung»* der Politik, auch dies ein Punkt, über den wir im Vorfeld der Wahlen immer wieder diskutiert haben. Bestätigt wird dieser Trend ja durch die Wahlergebnisse: durch die bei allen Parteien feststellbaren riesigen Unterschiede zwischen Bisherigen und Neuen. Positiv daran lässt sich vielleicht eines bewerten: die WählerInnen wollen fairerweise Bisherige nicht ohne Grund abwählen. Sehr beunruhigend aber ist es, dass offenbar politische Programme und differenzierte Aussagen kaum mehr eine Rolle spielen. Werden sie gar nicht zur Kenntnis, oder einfach nicht ernst genommen? Das *«Plakative»*, die Schlagworte, die einfache Lösungen für komplexe Probleme propagieren, haben Erfolg. Und sie geniessen die wirksame Unterstützung von Massenmedien wie dem *«Blick»*.

Die *ungelösten Probleme* in unserem Land wachsen in beängstigendem Masse: Rezession und Arbeitslosigkeit, Armut und explodierende Pflegekosten, Migration und Fremdenhass, Umweltverschmutzung, dazu Inflation und steigende Defizite, neuerdings die Europafrage. Patentrezepte zur Lösung, die überdies nichts kosten sollen, hat niemand. Und mindestens kurzfristig ist es angenehmer, die Probleme und Ängste zu verdrängen als mit ihnen offen und rational umzugehen; Sündenböcke sind allemal da. Die triumphierenden Vereinfacher machen sich dies zunutze – die Naiveren unbewusst, die anderen in zynischer Manipulation.

«Fassadenmentalität»

Werden die Auseinandersetzungen im neuen Parlament durch den *Erfolg der Rechtsradikalen* also wesentlich härter und unerfreulicher? Ich bin mir hier nicht einmal so sicher. Wahrscheinlich unterschätzen wir bei einer solchen Aussage die Schwierigkeiten unserer Vorgänger, die ja mit dem Kalten Krieg,

mit Erfolgen der NA und ähnlichem fertig zu werden hatten.

Natürlich, die Rechtsaussen-Vertreter werden dank Fraktionsstärke häufiger zum Zug kommen als früher. Und im *Stil* der Auseinandersetzungen mag uns einiges mehr auf die Nerven gehen, was ich an einem banalen Beispiel verdeutlichen will. Gleich nach der Vereidigung am ersten Sessionstag polemisierte der Vorsitzende der triumphierenden Autopartei-Fraktion gegen die «unschickliche» Kleidung einiger Genossen. Nun ist diese «Fassadenmentalität» nichts Neues. Sie wirkt aber besonders stossend, weil sich hier Schicklichkeit ganz auf das reduziert, was käuflich erworben werden kann: Anzug und Krawatte. Wie anders wäre sonst zu erklären, dass besagter Vorsitzender, an sehr exponiertem Platz mit Front zum Plenum, nichts dabei findet, während Sitzungen sich unablässig mit seinem Kaugummi zu beschäftigen? Und sehr oft – nun ja, höflich ausgedrückt – überaus lässig in seinem Sessel hängt? Oder ostentativ den Saal verlässt, wenn ein politischer Gegner oder eine Gegnerin spricht? Die Arroganz dieses politischen Stils irritiert. Aber sie geht natürlich nicht an die Substanz. Wenn sie einen Einfluss hat, dann höchstens den, zum Kampf zu motivieren...

Viel entscheidender sind natürlich die sachlichen Auseinandersetzungen. Und dabei sind die gewählten Rechtsaussen-Vertreter effektiv nicht das Problem. Sie sind ein *Symptom*, nicht die Ursache der politischen Krise in diesem Land, und rein zahlenmässig ist ihr Einfluss nicht sonderlich gross. Massgebend wird vielmehr sein, wie weit sich die grossen bürgerlichen Parteien auf die Dauer dem Druck von rechts anpassen werden. Die Reaktionen verschiedener ihrer Exponenten unmittelbar nach den Wahlen waren alles andere als ermutigend.

Konstruktive Signale

Es darf aber nicht übersehen werden, dass auch Kräfte in der umgekehrten Richtung wirken. Neben dem Anpassungs- gibt es ja auch ein *Abgrenzungsbedürfnis*; Signale in konstruktiverer Richtung dünken mich heute auch wahrnehmbar. Nach den Finanzkommissionssitzungen zum Voranschlag und der ersten Sessionswoche wage ich einige Be-

merkungen dazu – auf die Gefahr hin, in den nächsten Wochen eines Schlechteren belehrt zu werden.

Sachlich stehen wir zweifellos mit all den Problemen vor sehr schwierigen Auseinandersetzungen. Wenn es schlecht um die Finanzen bestellt ist, wird der *Verteilungskampf* automatisch härter. Das kommende Sanierungsprogramm für die Staatsfinanzen wird uns sicher wenig Freude bereiten, und von den bürgerlichen Parteien trennen uns dabei ja sehr grundsätzliche Vorstellungen, beispielsweise in bezug auf Steuern und Staatsquote. Die Wahlen, die als Protestwahlen interpretiert werden müssen, setzen aber auch alle Bundesratsparteien gemeinsam unter einen enormen Erfolgsdruck. Ihr Prestige ist ja insgesamt angeschlagen, und ein Weiterwursteln und Sich-gegenseitig-Blokieren im bisherigen Stil könnte leicht für alle verhängnisvoll werden. Daran vermag auch die arroganteste Macho-Rhetorik von SVP-Vertretern nicht zu rütteln. Bei der Voranschlagsdiskussion in der Finanzkommission hatte ich jedenfalls den Eindruck, dass ich mit dieser Einschätzung keineswegs allein war. Natürlich ändert sich für die SP insofern nichts, als sie auf ihrer Gratwanderung immer wieder zwischen einem grundsätzlichen harten Nein und dem Ja zum (konstruktiven) Kompromiss zu entscheiden hat...

So problematisch, so wenig beliebt das Konkordanzsystem ist, gerade bei der SP: Im Moment haben wir einfach keine reale Alternative dazu. Die halbwegs geschlossene Wiederwahl der sieben Bundesräte hielt ich in dieser Situation für das kleinere Übel, gegenüber dem Debakel bei einer der Wahlen und den zwingend folgenden Retourkutschen... Natürlich kreisen unsere Gedanken um mögliche *andere Regierungsformen*. Ein wirklich überzeugendes Modell ist indessen noch nicht sichtbar. Es sollte Elemente eines Mehrheitssystems enthalten, ohne grundsätzlich die Abschaffung von Initiative und Referendum zu erfordern. Auch wenn die bürgerlichen Parteien vorerst nichts davon wissen wollen, müssen wir daran arbeiten; nicht zuletzt durch die Europa-Diskussion ist hier ja ein politischer Spielraum entstanden, den es zu nutzen gilt. An spannenden Aufgaben mangelt es uns in den kommenden vier Jahren nicht.

Ursula Leemann